



## **ASIEN/IRAN - "Iran Human Rights": "Bei internationalen Gesprächen sollten nach dem Atomabkommen Menschenrechte im Mittelpunkt stehen"**

Teheran (Fidesdienst) – "Es kommt vermehrt zu Menschenrechtsverstößen und Hinrichtungen im Iran. Religiöse Minderheiten leiden unter Verfolgung. Nach dem Atomabkommen von Genf sollten nun das Thema der Menschenrechte im Mittelpunkt internationaler Gespräche mit diesem Land stehen": dies betont die Nichtregierungsorganisation "Iran Human Rights" (IHR) in einem Schreiben, das dem Fidesdienst vorliegt. Der Gründer und Sprecher von IHR, Mahmood Amiry Moghaddam, erklärt in der Verlautbarung: "Wir begrüßen das Atomabkommen. Das iranische Volk will keinen Krieg, sondern die Achtung der Menschenrechte und der Freiheit". Nach Ansicht der Nichtregierungsorganisation, in der sich im Ausland lebende Iraner zusammenschließen, sind die Atomverhandlungen "auch eine Gelegenheit, Druck bei Menschenrechtsfragen auszuüben". Es sollte zum Beispiel ein "Moratorium für die Vollstreckung von Todesurteilen" und die Entsendung von UN-Beobachtern angeregt werden. "Frieden und Stabilität kann es im Nahen Osten nur geben, wenn die Menschenrechte für das iranische Volk garantiert werden", so IHR.

Allein während der Zeit der Atomgespräche in Genf wurden nach Angaben von IHR seit Mitte Oktober 90 Todesurteile im Iran vollstreckt. In 50 Fällen handelte es sich bei den Verurteilten um Mitglieder ethnischer Minderheiten, die als "Regierungsfeinde" betrachtet werden". Religiöse Minderheiten, darunter Christen, Alawiten und Sunniten seien steter Verfolgung und staatlicher Gewalt ausgesetzt, so die NGO, und dies obschon Präsident Rouhani mehr Kulturfreiheit in Aussicht gestellt habe. (PA) (Fidesdienst 3/12/2013)